

3. Steuergesetz, Änderung, Schritt 2 der Steuervorlage 17

Antrag der Redaktionskommission vom 1. Oktober 2024

Vorlage 5939b (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsident Jürg Sulser: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

Christa Stünzi (GLP, Horgen), Präsidentin der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft und keine weiteren Anpassungen vorgenommen, ausser das Dispositiv auf die neue Regelung angepasst.

Dennoch erlauben Sie mir zwei, drei Bemerkungen: Zum einen möchte ich anmerken, dass Paragraphen 18b und 20 in der Redaktionsvorlage nicht mehr aufgeführt wurden, da diese nun unverändert dem alten Gesetz entsprechen. Unveränderte Artikel, die dem alten Gesetz entsprechen, werden in der Vorlage nicht explizit nochmals aufgeführt.

Zum Zweiten die Bemerkung, dass die Redaktionskommission immer wieder feststellt, dass alte Gesetze nicht unbedingt der Anforderung entsprechen, dass sie leserlich sein sollen. Falls jemand sich interessiert, wie ein unleserliches Gesetz unglaublich kompliziert daherkommen kann, soll das Steuergesetz doch einmal genau durchlesen. Es ist jedoch nicht die Aufgabe der Redaktionskommission, hier zu korrigieren. Entsprechend ist es uns unmöglich, bei Änderungen in diesem Gesetz auch in kleinen Massen die Artikel der Leserlichkeit entsprechend zu korrigieren. Ich bitte um Verständnis.

Harry Robert Brandenberger (SP, Pfäffikon): Ja, man hört es von den Spatzen, sie pfeifen es von den Dächern, das Zwitschern ist ohrenbetäubend laut: Wir werden das Referendum gegen diesen Entscheid ergreifen.

Geschätzte bürgerliche Seite, das wird kein Spaziergang werden, ich freue mich sehr auf diesen Wahlgang. Sie müssen ja nicht nur die Unternehmer überzeugen, sondern Sie müssen auch die Menschen in diesem Kanton überzeugen. Wie wollen Sie das Doppelverdiener-Ehepaar in Erlenbach überzeugen, das auf höhere Abzüge bei den Kita hoffte? Wie wollen Sie die Unternehmerin eines KMU in Hausen am Albis überzeugen, die wegen der Nähe des Kantons Zug kaum mehr bezahlbaren Wohnraum für ihre Mitarbeiterinnen findet? Wie wollen Sie den Bauern in Flaach überzeugen, der sich vor der dynamischen Wirtschaftsregion Zürich und der damit verbundenen Zuwanderung fürchtet? Wie wollen Sie den erfolgreichen Gründer eines IT-Start-ups überzeugen, der das Robotik-Ökosystem von Zürich am meisten nutzt und sich das etwas kosten lässt? Oder wie wollen Sie die GLP-Wählerin in Wallisellen überzeugen, die wenig Fortschritte bei Klima und Diversitätsengagement des Kantons sieht, weil die Finanzen fehlen? Oder den Gutverdienenden in Kloten überzeugen, der eine Steuererhöhung bei den natürlichen Personen befürchtet, weil die Erträge wegbrechen? Oder die Mittelstandsfamilie in Albisrieden überzeugen, die grosse Steuerausfälle für die Städte und Gemeinden befürchtet und damit Herzensprojekte gefährdet sieht?

Auch das Kirchenpflegemmitglied in Fällanden muss überzeugt werden, dass die Steuererträge juristischer Personen für die Gemeinde substanziell tiefer werden. Krempeln Sie also die Ärmel hoch, wir werden es tun. Besten Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Warum ergreifen wir Grünen gemeinsam mit unseren Partnern das Referendum? Mit einer erneuten Steuersenkung würden die Unternehmen sage und schreibe ein Viertel weniger Steuern bezahlen als im Jahr 2020. Bereits im Jahr 2021 wurde der Steuersatz von 8 auf 7 Prozent reduziert und nun soll er nochmals 1 Prozent gesenkt werden.

Es fehlt an Geld in der Staatskasse, das weiss auch die bürgerliche Regierung, deshalb spart sie bereits bei den Investitionen. Sie spart bei den Investitionen in Schulhäuser, in den öffentlichen Verkehr, in den Ausbau des Velo-Netzes und beim Naturschutz. Die Bevölkerung muss verzichten, damit einigen wenigen Unternehmen ein Steuergeschenk gemacht werden kann. Aktuell weisen rund 60 Prozent der juristischen Personen keine steuerbaren Gewinne aus und bezahlen entsprechend keine Gewinnsteuer. Also welche Art von Unternehmen würde von dieser Senkung profitieren und wer bezahlt dann noch Steuern? In der Stadt Zürich kämen 90 Prozent der Steuerentlastung aus der vorgesehenen Gewinnsteuersatzsenkung umsatzstarken Unternehmen mit einem Gewinn von über 1 Million Franken pro Jahr zugute, sprich, diese Steuersenkung kommt nur den grossen Unternehmen zugute.

Eigentlich wollte der Regierungsrat die Dividendenbesteuerung auf 60 Prozent anheben. Doch die bürgerliche Mehrheit ist nicht bereit, bei der Dividendenbesteuerung einen minimalen Ausgleich herbeizuführen. Während Löhne und Renten zu 100 Prozent versteuert werden müssen, sollen die Dividenden zu 50 Prozent steuerfrei bleiben. Keine Erhöhung der Dividendenbesteuerung vorzunehmen, ist ein Affront gegenüber der Bevölkerung, die Steuern aufgrund ihres Lohn- und Rentenausweises bezahlt.

Sollten die positiven dynamischen Effekte einer Steuersenkung tatsächlich eintreffen, würden diese ihre Wirkung erst nach vielen Jahren spürbar entfalten. Und da frage ich Sie: Wer bezahlt bis dann die Steuerausfälle? Etwa die natürlichen Personen? Die SVP und neuerdings auch die FDP wollen die Zuwanderung aus der EU eindämmen und gleichzeitig die Unternehmenssteuer senken. Dieses Geschäftsmodell der tiefen Steuern soll Unternehmen anziehen, ergo wird damit auch mehr Zuwanderung generiert. Das heisst, mit ihrer Steuersenkungspolitik für Unternehmen ziehen SVP und FDP viele neue Arbeitskräfte aus dem Ausland an, und dann schimpfen genau diese Parteien gegen die Zuwanderung, zu der sie selbst aktiv beitragen. Sie tragen mit ihrer Tiefsteuerpolitik dazu bei, dass die Mietpreise in den Städten explodieren und der Mittelstand, für den sie angeblich politisieren, zusammen mit den Wenigverdienenden die Stadt verlassen muss.

Die Steuersenkung ist nicht angesagt, fünf Gründe dazu: Erstens, wir hätten Steuerausfälle auf Gemeinde- und Kantonsebene zwischen 350 und 400 Millionen Franken pro Jahr zu verkraften, und mittelfristig bleibt es offen, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln werden.

Zweitens, mit der Steuersenkung gefährden wir Investitionen, die für die Standortattraktivität wichtig sind. Der Kanton Zürich wird nach wie vor als attraktiver Standort wahrgenommen. Unis, Fachhochschulen, hohe Lebensqualität, funktionierender ÖV, Stabilität und Rechtssicherheit, all das sind Werte, die entscheidend sind, wo Firmen ihren Sitz haben wollen.

Drittens, die Steuersenkung bedeutet fehlende Investitionen in Schulhäuser, in den öffentlichen Verkehr, in den Ausbau des Velo-Netzes und beim Naturschutz. Die Steuersenkung trägt dazu bei, dass die Mietpreise weiter explodieren und der Mittelstand mit den Wenigverdienenden die Städte verlassen muss.

Viertens, keine Erhöhung der Dividendenbesteuerung vorzunehmen, ist ein Affront gegenüber der Bevölkerung, die Steuern aufgrund ihres Lohn- und Rentenausweises bezahlt. Die Entlastung kommt in erster Linie Grosskonzernen und Grossaktionären zugute.

Fünftens, die Wirtschaft brummt, eine Steuerentlastung ist nicht nötig. Die Stadt Zürich kann keine anhaltende oder gar steigende Tendenz der Abwanderung von Firmen in andere Kantone feststellen. Danke.

Patrick Walder (SVP, Dübendorf): Bei der Steuersenkung, die wir hier nochmals diskutieren und dann auch in der Bevölkerung diskutieren dürfen/müssen wegen des Referendums, worauf ich mich aber auch sehr freue, ist es wie bei Investitionen: Zuerst muss investiert werden, damit etwas daraus kommen kann. Man sieht es immer wieder und das ist auch dokumentiert und in den Jahresrechnungen der letzten Jahre auch nachzuverfolgen: Steuersenkungen bringen am Schluss zusätzliche Einnahmen. Der jetzige Schritt ist eine Investition, eine wichtige Investition der bürgerlichen Parteien und hoffentlich auch der Bevölkerung in unseren wichtigen Kanton, den Kanton Zürich, um wettbewerbsfähig zu bleiben und um die Arbeitsplätze hier halten zu können.

Wenn man jetzt die grossen Summen, die Zahlen hört, kann man es fast nicht glauben, man kann es vor allem nicht glauben, wenn man die Weisung des Regierungsrates wirklich gelesen hätte: Man spricht von Steuerausfällen auf kantonaler Ebene von kurzfristig gerademal 2 Millionen Franken und etwas mehr für die Gemeinden. Dies wird aber vonseiten Kanton kompensiert mit diesen zweimal 20 Millionen, die nun mit der Änderung des Kantonsrates für mehr Gemeinden zur Verfügung stehen.

Es ist eine Abstimmung, in der, wie richtig gesagt, die Bevölkerung davon überzeugt werden muss, dass das eben ein wichtiger Schritt ist. Und das werden wir auch tun, denn jede Unternehmung profitiert von dieser Steuersenkung. Und ein Unternehmen, das profitiert, kann Arbeitsplätze schaffen, kann Arbeitsplätze erhalten. Es bleibt im Kanton Zürich und macht notwendige Investitionen, von denen auch die gesamte Bevölkerung wieder profitieren wird; eine wichtige Vorlage für unseren Kanton mit den wichtigen Änderungen, die der Kantonsrat beschlossen hat.

Es wird ein spannender Abstimmungskampf. Ich bin mir sicher, dass die Bevölkerung verstehen wird, wie wichtig dies für den Wirtschaftskanton Zürich sein wird. Besten Dank.

Gianna Berger (AL, Zürich): Die Senkung der Unternehmenssteuer bringt, wie schon oft erwähnt, grosse Steuerausfälle mit sich oder auch, anders interpretiert, Verluste, die der Kanton und vor allem die Gemeinden tragen müssen. Es kann nicht sein, dass die Bevölkerung diese Last durch künftige Sparmassnahmen schultern soll, nur damit Grossaktionäre und Unternehmen weiter privilegiert werden.

Die Reform beruht auf der Illusion, dass wir ewig wachsen können, aber das stimmt einfach nicht. Am Ende ist es die Allgemeinheit, die die Last trägt, und eigentlich sind wir die, die ihre Situation verbessern und nicht verschlechtern sollten. Deshalb ergreifen wir zusammen das Referendum und stellen uns gegen diese einseitige Reform, die keine Rücksicht auf die sozialen Bedürfnisse unseres Kantons nimmt. Zürich braucht eine Steuerpolitik, die allen zugutekommt und nicht nur denen, die ohnehin im Überfluss leben. Vielen Dank.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich möchte nur eine Zahl korrigieren, die hier genannt wurde, dass es irgendwie kurzfristig 2 Millionen Franken Steuerausfälle geben würde. Also das stimmt nachweislich nicht. Sie haben alle das dicke KEF-Buch (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*). Dort sind allein für nächstes Jahr 70 Millionen Franken Mindereinnahmen eingestellt. Wir haben ja einen entsprechenden Antrag gemacht, dass man das rausnimmt. Wegen des Referendums wird das eh nicht umgesetzt werden können. Und dass ein Einnahmenverzicht eine Investition darstellt, das ist schon noch eine recht spezielle Sichtweise. Sie investieren hier gar nichts, Sie verzichten einfach auf Einnahmen.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Heute ist für Sie, liebe Bürgerliche, der Tag der Entscheidung. Wir haben von Kollege Walder etwas über die Wichtigkeit der Unternehmen in unserem Kanton gehört und vielem kann ich auch zustimmen. Ja, wir brauchen eine starke Wirtschaft im Kanton Zürich. Ja, auch ich bin mir bewusst, dass diese Steuergelder der Unternehmen zentrale Dinge, die auch mir wichtig sind, finanzieren. Und auch ich möchte, dass die Unternehmen, welche gute Arbeitsplätze schaffen, im Kanton Zürich sind, bleiben oder auch hierherkommen. Aber Sie auf der Gegenseite sind im Begriff, heute ein gewaltiges Wagnis einzugehen.

Denn haben Sie wirklich das Gefühl, dass auch nur eine Unternehmung wegen der Senkung des Gewinnsteuersatzes um 1 Prozent in unseren Kanton kommt? Sie kennen alle das interkantonale Ranking. Mit dieser Änderung kommen wir nicht in das vordere Drittel, das für diejenigen Firmen attraktiv ist, welche nur aufgrund der Steuern ihren Standort bestimmen. Und wenn Ihr Wagnis nicht aufgeht, dann haben wir alle im Kanton ein richtig grosses Problem. Und anders als die Kristallkugel-Zahlen der Regierung aus den BAK-Economics-Studien (*Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut*) wissen wir ziemlich genau, wie gross das Problem ist: etwa 360 Millionen Franken pro Jahr. Und diese Ausfälle würden den Kanton Zürich auch für jene Unternehmen als Standort schwächen, welche

noch andere Faktoren bei der Niederlassung einbeziehen als Steuern. Denn weniger Mittel beim Kanton bedeuten weniger Investitionen in unsere Infrastruktur, weniger Geld für unsere Bildungsinstitutionen und weniger Mittel für bezahlbare Kinderbetreuung für die Angestellten. Und da haben wir noch gar nicht von den restlichen Menschen gesprochen, welche ebenfalls von den fehlenden Steuergeldern betroffen wären, Stichworte Klimaschutz, preisgünstiger Wohnraum, unbezahlbare Krankenkassen. Und dass das Geld schon jetzt knapp ist, das haben wir vorher auch schon gehört, das wissen Sie. Sie sind alle im Moment daran, die Budgetanträge und vor allem dann auch die vielen KEF-Anträge zu studieren und zu beurteilen. Also das wird nicht mehr so rosig sein wie in den letzten Jahren.

Und wenn man das im Blick behält, dann kommt diese Steuersenkung für eine Minderheit der Unternehmen wirklich zum absolut schlechtesten Zeitpunkt. Dass Sie, geschätzte bürgerliche Ratsmitglieder, auch noch den Rat Ihres Finanzdirektors (*Regierungsrat Ernst Stocker*) in den Wind geschlagen haben, eine Kompensation einzubauen, das kann ich mir nur so erklären, dass Sie nur das Wohl der grossen Unternehmen im Blick haben, dass Ihnen die Menschen im Kanton, welche die Steuerausfälle direkt betreffen werden, weniger wichtig sind. Und wenn ich höre, dass Unternehmen immer mehr Steuern bezahlen, dann stimmt das vielleicht, aber nur, weil sie auch immer höhere Gewinne einfahren. Denn die Steuern haben wir im Kanton Zürich nicht erhöht, im Gegenteil: Sie haben schon die Abschaffung der Handänderungssteuer beschlossen, die Halbierung der Kapitalsteuer beschlossen, die schon mehrmalige Senkung der Unternehmensgewinnsteuer, die Halbierung der Dividendenbesteuerung – alles in den letzten 20 Jahren. Also so schlecht haben wir im Kanton Zürich oder Sie als Bürgerliche nicht für die Unternehmen geschaut.

Heute können Sie sich aber umentscheiden und eben den Fokus auf die arbeitende Bevölkerung legen und die Vorlage ablehnen. Wenn nicht, dann wird genau diese Bevölkerung Ihnen an der Urne zeigen, dass das heutige Wagnis ein kolossales Eigentor für die bürgerlichen Kräfte in diesem Rat gewesen ist.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Wir haben hier wieder ausführlich von der linken Seite die immer gleichen Argumente gehört, immer dasselbe Wirtschaftsbashing, und Sie greifen einmal mehr die Grossunternehmen an, die Unternehmen, die unter anderem sehr viele Arbeitsplätze in unserem Kanton generieren, aber auch sehr viele Aufträge an unsere Klein- und Mittelunternehmen erteilen, welche dann wiederum sehr viele Arbeitsplätze, aber auch Lehrstellen schaffen. Das ewige Bashing ist auf jeden Fall ein Eigengoal und vertreibt diese Unternehmen höchstens aus unserem Kanton. Und ja, es ist so, die Unternehmen haben immer mehr Steuern bezahlt. Sie haben gute Gewinne erwirtschaftet, das ist auch wichtig, damit diese Unternehmen überhaupt weiterexistieren können. Und Herr Mörgeli hat es gerade ganz klar bewiesen: Sämtliche Entlastungen im Steuerbereich, die gemacht wurden, haben nicht zu Mindereinnahmen geführt, sondern zu Mehreinnahmen. Und genau das wird auch hier wieder der Fall sein. Wir werden sehen, dass diese zweite Reduktion der Besteuerung von Firmen nicht zu Steuerausfällen führen wird, genauso wenig wie die erste Senkung zu Steuerausfällen

geführt hat. Sie können das ja ohne Weiteres in den jeweiligen Jahresrechnungen der Stadt Zürich zum Beispiel nachsehen. Sie haben immer deutlich mehr Steuern von den Unternehmen eingenommen, als sie geplant haben, und sie haben immer weiter mehr Steuern eingenommen, trotz der letzten Senkung. Also all das Bashing bringt überhaupt nichts.

Wir sprechen hier auch nicht von Grossaktionären, derselbe Fehler wurde schon das letzte Mal gemacht bei der Initiative zur Senkung des Rabatts bei der Dividendenbesteuerung. Das sind nicht Grossaktionäre, das sind Kleinaktionäre oder Aktionäre wie ich zum Beispiel, die ihre eigenen Unternehmen als KMU in den Händen halten und dementsprechend halt von einem Dividendenbesteuerungsrabatt profitieren können; auch hier völlig falsch.

Und am einfachsten ist es vermutlich, Harry Brandenberger, in Kloten zu argumentieren. Gerade Kloten will seine privaten Steuerzahler jetzt um 5 Steuerfussprozent entlasten, und da können wir als Unternehmen durchaus auch unsere Steuerentlastung einfordern und sagen: Wenn die Privaten schon 5 Prozent weniger Steuern bezahlen können, dann sollte das eine Prozent auch für die Unternehmen drin liegen. Also alles in allem sehen Sie hier, das ist eine Vorlage, die die Wirtschaft braucht. Der Kanton Zürich ist wirklich kein Steuerparadies für die Unternehmen, das Rating zeigt das sehr deutlich. Und wir freuen uns auf den Abstimmungskampf, da werden wir sehr gut argumentieren können.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Eigentlich wollte ich nicht wieder eine Debatte wie das letzte Mal, aber das wurde jetzt gestartet. Man vergisst, dass diese Steuerentlastung der ganzen Gesellschaft zugutekommt. Auch da das Wort «Grossaktionäre»: Nein, es sind keine Grossaktionäre, es sollen Unternehmen entlastet werden. Die Unternehmen sind das Rückgrat unseres Wohlstands, auch im Wirtschaftsmotor «Kanton Zürich». Und wie wir ja bei der letzten Steuerentlastung gesehen haben, gab es keine Steuerausfälle, im Gegenteil. Und zu den Themen des Kantons Zug: Ja, genau das wollen wir ja eben ein bisschen verhindern, eine Abwanderung in die Nachbarkantone. Es ist ein Zeichen, ein Zeichen, dass wir für Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen setzen. In Bezug auf Wallisellen und unsere Wählerschaft in Wallisellen: Dort hat es sehr viele Unternehmungen, und ich bin mir sicher, dass die Bevölkerung in Wallisellen sehr wohl weiss, wie wichtig die Unternehmen für sie sind, und dass sie sich für gute Rahmenbedingungen für ihre juristischen Personen einsetzen. Wie freuen uns auf den Dialog mit der Bevölkerung und wir sind auch überzeugt, dass sämtliche Fakten für diese Steuerentlastung, für diese Unternehmensentlastung sprechen, dass dieser Kostendruck auch vor allem auf die KMU genommen wird. Wir vergessen jeweils, dass das diejenigen sind, die uns die Steuern bescheren, also sollten wir ihnen auch Sorge tragen. Herzlichen Dank.

Christoph Fischbach (SP, Kloten): Christian Müller hat Kloten angesprochen, also indirekt Harry Brandenberger, der sein Geschäft in Kloten hat, aber ich bin Einwohner und Stadtrat in Kloten. Und diese Aussagen betreffend Steuerfuss muss ich also schon relativieren, beziehungsweise die ist einfach falsch. Denn von

der beantragten 5-Prozent-Senkung profitieren ja nicht nur die Privatpersonen, wie ich und die anderen Personen, sondern auch die juristischen Personen. Und zu Kloten gibt es eine schriftliche Anfrage, beantwortet und veröffentlicht, dort werden die Auswirkungen der Steuersenkung, die heute beschlossen wird, ganz klar aufgezeigt: Kloten wird minus 8 Millionen Steuerfranken haben. Das betrifft rund 8 Steuerprozent und wird jetzt bestimmt nicht von dieser Übergangslösung, von diesen 20 Millionen, kompensiert werden können, wie Herr Walder das gesagt hat. Das ist einfach ein falsches Argument, dass sämtliche Steuerausfälle der Gemeinden durch diese Übergangsregelung kompensiert werden; das ist meiner Ansicht nach eine Falschaussage.

Und zuletzt noch zur Dividendenbesteuerung: Seien wir ehrlich, es ist klar, es geht nicht um die Grossaktionäre. Es geht um Menschen wie Sie, Herr Müller. Und das Hauptargument für diese Dividendenbesteuerung, die reduziert ist, ist Steueroptimierung. Da bezahlt man sich weniger Lohn aus, dafür mehr Dividenden. Das ist Fakt, das ist so. Besten Dank.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, dass wir den dritten Weg hatten, und das war der Vorschlag der Regierung. Und die Regierung hatte einen Vorschlag, der war ausgewogen: Wir senken die Steuern, aber wir kompensieren das ein wenig über die Erhöhung der Dividendenbesteuerung von 50 auf 60 Prozent.

Und das hätte zu einer Entlastung der KMU geführt, wir konnten das alle lesen. Und jetzt gehen wir einfach das Risiko ein, dass wir am Schluss aus ideologischen Gründen gar keine Entlastung haben werden.

Und dann erlauben Sie mir noch einen Hinweis: Wir sprechen viel von dynamischen Effekten, indem wir sagen: «Schaut doch die Rechnungen an! Man senkt die Steuern und die Erträge nehmen zu.» Da vermischen wir einfach Kausalität und Korrelation. Sehen Sie, ich habe einen Freund. Wenn ich den sehe, einmal pro Jahr, hat er jedes Mal ein Kind mehr auf dem Arm. Und dann sage ich ihm: Das ist jetzt der Unterschied zwischen Kausalität und Korrelation (*Heiterkeit*). Korrelation heisst, es tritt zusammen auf. Aber es ist nicht kausal, ich habe nichts mit seinen Kindern zu tun. Und die Tatsache, dass, wenn wir Steuern senken, ein paar Jahre später die Erträge höher sind, dann muss das nicht kausal sein. Das kann sein, weil die Wirtschaft besser läuft, das kann andere Faktoren haben. Also wir wissen es schlichtweg nicht. Bei meinem Freund weiss ich es (*Heiterkeit*). Was ich auch weiss, ist, dass es schade ist, dass wir hier nicht auf die Regierung gehört haben und dass wir die Chance verpassen, am Schluss ein Eigentor schiessen und den KMU nicht in einer vernünftigen Weise geholfen haben. Besten Dank.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Wenn ich anschau, was für Investitionen wir vor uns haben, was wir alles ausgeben wollen im Kanton Zürich, dann sind wir uns hier drin einig, dass wir ein breiteres Steuersubstrat brauchen. Die Frage ist nun, wie bringen wir das hin? Jetzt haben wir vorhin erklärt bekommen, was Kausalität und Korrelation ist. Hier besteht ziemlich sicher eine Kausalität. Das

sehen Sie an den Praxisbeispielen diverser Kantone. Sie können Basel nehmen, Zug. Und es geht hier darum, dass wir ein breiteres Steuersubstrat bekommen, damit wir all diese Investitionen erfüllen können, und dazu führen in der Regel attraktive Steuern für die gesamte Gesellschaft. Und das machen wir hier: Wir machen attraktivere Standortpolitik, und nicht, damit wir mehr Zuwanderung haben, sondern für die hiesigen Unternehmen hier. Und wenn ich Sie richtig verstanden haben, Frau Kantonsrätin Pokerschnig, dann bedeutet das ja: Wir müssten uns unattraktiver machen, damit wir weniger Zuwanderung bekommen. Nein, wir sind stolz darauf, hier eine gute Vorlage zu haben, die attraktiv ist für den Kanton Zürich. Und dann steuern und kontrollieren wir lieber die Zuwanderung in der Schweiz wieder. Wir können doch nicht sagen, wir nivellieren uns nach unten, damit der Unterschied gegenüber der EU nicht mehr so gross ist, dass wir nicht mehr so attraktiv sind und dass wir dann keine Zuwanderung haben. Das ist Schwachsinn, was ich heute gehört habe. Wir wollen attraktiv sein. Wir wollen attraktiv sein, aber wir wollen auch entscheiden, wer in die Schweiz kommt, das ist Zuwanderungspolitik. Und wir machen Politik für die Unternehmen, das kommt auch gut für den einzelnen Bürger im Kanton Zürich, das zeigt uns Zug. Sonst müssen Sie mir erklären, warum Zug heute mehr Steuereinnahmen hat, obwohl es die Steuern senkt. Aber zeigen Sie mir ein Praxisbeispiel in der Schweiz – zum Glück haben wir den Föderalismus, da kann man das gut untersuchen –, wo man die Steuern erhöht hat und dadurch breiteres Steuersubstrat erhalten hat. Ich habe lieber mehr Firmen, die weniger bezahlen, als weniger Firmen, die mehr bezahlen. Das ist unser Credo und deshalb stimmen wir heute mit Überzeugung für diese Vorlage.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Geschätzter Kollege Tobias Weidmann, du widersprichst dir selbst. Breiteres Steuersubstrat heisst mehr Firmen, mehr von allem, Wachstum in die Breite. Ja, da gibt es mehr Steuereinnahmen, schon klar, aber es gibt auch noch mehr Investitionsbedarf, noch mehr Ausbaubedarf bei verschiedensten, bei allen Sachen, und ich verstehe nicht ganz, warum die SVP unbedingt diesen Weg gehen will.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Einfach kurz noch eine kleine Replik zur SVP: Wenn Sie mit Steuersenkungen Unternehmen und ausländische Arbeitskräfte in den Kanton Zürich holen, dann empfangen Sie diese Arbeitskräfte aus dem Ausland doch bitte mit offenen Armen. Was Sie gerade machen, ist, doppeltes Kapital aus der Zuwanderung zu schlagen, nämlich einerseits die Leute dankbar als Arbeitskräfte aufzunehmen und dann aus ihnen nochmals Kapital zu schlagen, weil sie da sind, nämlich politisch, und eine dreckige Ausländerpolitik zu machen. Und das ist ein Widerspruch. Sie rufen die Leute hierher und nachher schreien Sie «Wir müssen die Zuwanderung begrenzen!». Da sehen Sie den inhärenten Widerspruch Ihrer Politik.

René Isler (SVP, Winterthur): Nach dem letzten Votum wieder zur Sachlichkeit (*Heiterkeit*): Es geht ja nicht nur darum, neue Firmen anzulocken. Es geht primär,

also mir geht es darum, langjährige Firmen im Kanton Zürich behalten zu können. Ich habe es das letzte Mal schon gesagt, das Beispiel Winterthur, und es wird nicht besser, wenn Sie das Gegenteil behaupten. Es sind einfach namhafte Firmen aus Winterthur weggezogen, aber nicht einfach in eine andere Gemeinde oder an einen anderen Standort im Kanton Zürich, sondern die haben den Kanton Zürich verlassen. Und das merkt die Stadt Winterthur. Es ist euer Stadtrat und Finanzminister von der SP (*Kaspar Bopp*), der leider verkünden musste, dass die Unternehmenssteuern um 30 Prozent eingebrochen sind – 30 Prozent eingebrochen, einfach weil man weggeht. Man geht aber einfach nicht von der Stadt Winterthur in den Speckgürtel hinaus, in eine andere Zürcher Gemeinde, sondern man verlässt den Kanton Zürich. Und wenn wir da gute Rahmenbedingungen machen – ich will vor allem, dass wir unsere guten Arbeitgeber, die wir noch haben, auch in der Stadt Winterthur, dass wir diese bei der Stange halten können, damit sie nicht auch den Kanton wechseln. Also eine Firma Stadler Rail (*Schweizer Unternehmen für den Bau von Schienenfahrzeugen*), da ist es mir eminent wichtig, dass wir die in Winterthur behalten können, macht sie doch alle Jahre 128 Lehrplätze frei für junge Menschen – wir haben hier auch abgestimmt «Kein Abschluss ohne Anschluss» –, dass wir die Lehrlinge und die Arbeitsplätze in Winterthur behalten können. Denn jeder, der in Winterthur wohnt und dann auch dort arbeiten kann, der pendelt nicht, also entlasten wir sämtliche Verkehrsträger. Und das ist mir auch wichtig, nicht nur, dass wir neue Unternehmen anlocken, sondern dass wir diejenigen, die wir haben, langjährige, grosse Unternehmen, dass wir die behalten können. Und deshalb stimmen Sie dieser Vorlage bitte zu.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa) spricht zum zweiten Mal: Herr Isler, also wir alle hier drin, die ein bisschen studieren, wie die Steuerfüsse in den Gemeinden sind, wissen: Winterthur hat keinen tiefen Steuerfuss. Also sind es offensichtlich andere Faktoren, weshalb diese Firmen, die Sie aufgezählt haben, in Winterthur sind. Wenn Sie wirklich wollen, dass diese Leute oder diese Firmen, Entschuldigung, in Winterthur bleiben, dann müssten Sie genau in diese Faktoren investieren, welche im Moment schon bestimmen, weshalb sie da sind. Und da sind Sie auf der bürgerlichen Seite einfach auf dem Holzweg. Wir werden es sehen beim Budget und beim KEF, Sie werden all diese Investitionen und diese Vorhaben, die wir beschlossen haben, wieder zurückbinden, die Investitionen in die Infrastruktur, in die Bildung und auch bei den Krankenkassenprämien, bei der Kita-Finanzierung, also all diese Sachen, die eben für diese Firmen, die hier sind, wichtig sind. Dort sind Sie auf der Bremse, aber wenn es darum geht, irgendwelche kleinen Prozentpunkte bei den Steuern zu optimieren, die schlussendlich in Millionen von Ausfällen beim Kanton resultieren, dann machen Sie das dann gerne, und das ist, glaube ich, einfach der Holzweg.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) spricht zum zweiten Mal: Vielen Dank, ich wurde zweimal angesprochen (*Zwischenruf*). Ja, einmal angesprochen, das stimmt. Ich möchte gerne den Widerspruch auflösen, und zwar: Selbstverständlich sind wir für eine nachhaltige Zuwanderung. Das ist logisch, wenn man ein

attraktives Land ist, dann hat man Zuwanderung, dann prosperiert man, das ist gut so. Aber den Appetit, den muss man zügeln. Das heisst, man muss die Zuwanderung steuern. Und es ist einfach so, dass wir eine masslose Zuwanderung haben, die nicht attraktiv ist auch für den Arbeitsmarkt, sondern man muss das abwägen: Wie viel kommt rein? Das kann man messen am BIP (*Bruttoinlandsprodukt*) pro Kopf und dann sieht man: Es ist in die Breite gewachsen und nicht wirklich wohlförderungsfördernd für den Einzelnen. Also wir schauen zuerst, dass wir die Verantwortung wahrnehmen für den hiesigen Standort, für die Leute hier, und steuern die Zuwanderung so, dass dann auch das Wachstum im Kanton Zürich profitiert. Da gebe ich Ihnen recht, selbstverständlich werden wir weiterhin wachsen und investieren müssen, aber es muss nachhaltig passieren, es muss massvoll passieren. Das ist unser Anliegen und das können wir am besten über die Zuwanderung regulieren. Aber ich wehre mich hier auch dagegen, dass Sie sagen, wir machten eine dreckige Ausländerpolitik. Das stimmt nicht. Wir sind offen, aber wir wollen entscheiden, wer kommen darf und wer nicht, und wer etwas bringt und wer mehr braucht.

Und da staune ich ein bisschen, Herr Mörgeli, wenn Sie sagen, die Firmen seien hier wegen IPV (*Individuelle Prämienverbilligung*) und Kita und so weiter. Selbstverständlich sind das auch Gründe, aber es gibt doch auch viele Firmen, die auch finanziell auf die Zahlen schauen. Und hier macht es einfach Sinn, dass, gerade wenn ich schaue, was Sie wieder alles an KEF-Anträgen einreichen, was Sie investieren wollen. Schauen Sie, 20 Prozent der Steuereinnahmen kommen von den juristischen Personen. Auch wenn Sie das dort um einen Drittel erhöhen, können Sie noch lange nicht massenhaft Steuern generieren, es ist einfach ein kleiner Teil. Und wir sind hier einfach der Überzeugung, dass Sie mehr Steuereinnahmen generieren, wenn Sie attraktiver werden für die Firmen, wenn diese nicht nach Schaffhausen, Thurgau, Aargau und Zug zügeln oder einfach teilweise den Steuersitz verlegen, sondern wenn sie hierbleiben. Behalten wir sie hier. Ich habe lieber eine Firma mehr, die Steuern bezahlt, und ich dafür weniger. Danke.

René Isler (SVP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich wurde ja hier angesprochen und einfach noch einmal zur Richtigstellung: Lieber Kollege von der SP, der mich da zitiert hat, es ist so, es ist auch niedergeschrieben: Eine Weltfirma, die Firma Wärtsilä (*finnisches Schiffsmotoren-Unternehmen*), das habe ich Ihnen das letzte Mal schon erklärt, ist nur wegen der Steuern gegangen. Diese Weltfirma ist nach Zug gegangen, weil die Stadt Winterthur angedroht hatte, den Steuerfuss abermals zu erhöhen. Und die zweite Weltfirma, die Firma Zimmer Biomet (*Medizintechnik-Unternehmen*), ist nicht nur wegen der Steuern gegangen, sondern – das habe ich Ihnen schon 100 Mal erklärt – es ist dann schlussendlich der Giftkasten. Wenn Sie einer Weltfirma vorschreiben, was sie zu tun hat und was nicht, wenn sie drei- oder vierschichtig arbeitet und Sie ihr wegen der neuen Parkplatzordnung sagen «wir nehmen euch die Parkplätze weg» und sie diese Arbeit nicht mehr ausführen kann, dann geht sie. Das ist einfach so, das kann man gut oder schlecht finden. Also wenn die Ideologie über den Werkplatz Schweiz oder Winterthur bestimmt, dann ist das halt tragisch. Und die nächste Firma, die sich das

jetzt kurz auch überlegt, weil sie vor dem gleichen Problem steht, ist diejenige, die wir eigentlich auf Händen tragen müssten, weil sie den ÖV fördert, das ist die Firma Stadler Rail. Das geht nicht mehr lang und die sind auch weg, dann hat halt Winterthur wieder 1300 Arbeitsplätze und einen sehr guten Steuerzahler weniger. Es fallen 128 Lehrstellen weg pro Jahr und 1200 Arbeitsstellen sonst. Und meistens geht ja dann auch ein Teil dieser Belegschaft, der auch noch gut verdient, geht auch weg aus der Stadt Winterthur. Also es ist ein Unding zu sagen, es komme nicht darauf an. Beim Wirtschaftsstandort ist doch elementar, dass man gute Rahmenbedingungen macht. Und wenn Sie in einem Industriegebiet einem Arbeitgeber einer Weltfirma vorschreiben, wie er zu funktionieren hat – das mag ja die DDR irgendwie so gehandhabt haben, aber in einem freien Staat, wo die Wirtschaft florieren muss, damit Sie wieder das Geld ausgeben können, das die Wirtschaft verdient, dann müssten Sie doch einfach mal hingehen und sagen: Lassen Sie diese Firmen so funktionieren, wie sie funktionieren müssen.

Detailberatung

Titel und Ingress

*I. Das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 wird wie folgt geändert:
§ 71.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über die Ausgabenbremse

Für Ziffer I der Vorlage 5939b stimmen 117 Ratsmitglieder. Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen ist erreicht worden.

Übergangsbestimmung

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 111 : 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5939b zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

